

departement hat dem Staatsdepartement die Versicherung gegeben, daß diese Instruktionen aufrechterhalten werden. Ein Teil dieses Programms bezieht sich auf die Organisation von Kampfeinheiten, die einmal in der Woche Schießunterricht und Unterweisung in Pionierarbeiten erhalten müßten. In den Dokumenten heißt es u. a.: Wir sind fest überzeugt, daß die Arbeit in der von uns angegebenen Richtung ungeheure Ergebnisse zeitigen wird im Sinne der Vorbereitung von Tausenden neuer Propagandisten und künftiger Führer der militärischen Streitkräfte der Partei und überzeugter Kämpfer für die soziale Revolution. — Die Veröffentlichung der Dokumente beweist den Beweis, daß die Erklärung des Staatssekretärs Hughes, die russische Propaganda in den Vereinigten Staaten habe an, durchaus begründet ist.

### Die neue polnische Regierung

Warschau, 20. Dezember. Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Grabki: Ministerpräsident und Finanzen; Soltan: Inneres; Wylasowski: Justiz; Sosnowski: Krieg; Wlaskowski: Kultus; Ciesien: Handel und Industrie; Tyska: Verkehr; Darowski: Arbeit; Ludzki: Agrarreform; Bertoni: mit der Leitung des Ministeriums des Äußeren betraut; Rybczynski: mit der Leitung des Wohlfahrtsministeriums betraut.

Das neue polnische Kabinett ist ein reines Kabinettskabinet und dürfte, nach den Männern zu schließen, die ihm angehören, auch wohl nur als ein Übergangskabinet zu betrachten sein. Bemerkenswert ist allein die Befehung des Kriegsministeriums mit dem General Sosnowski, der zu den Anhängern Pilsudski gerechnet wird und schon im Kabinett Sikorski Kriegsminister war. Wollte man von der Person Sosnowski auf die Zusammensetzung des Kabinetts im allgemeinen schließen, so könnte man sagen, daß es den Anschein habe, als ob die Rationalisten, die bis jetzt das Staatsruder in Händen hatten, abgeworfen hätten. Jedenfalls dürfte Sosnowski das Kriegsministerium nicht ohne bestimmte politische Zusicherungen übernommen haben. Der neue Ministerpräsident Stanislaw Grabki ist einer der hervorragendsten polnischen Finanztechniker. Er gehörte bereits dem Kabinett Sikorski und Witos als Finanzminister an. Grabki trat Anfang dieses Jahres mit einem großen Finanzreformplan hervor, der mit geringfügigen Änderungen vom Sejm auch genehmigt wurde. Es handelte sich bei diesem Plan um die Umstellung des polnischen Notenumlaufes auf Goldbasis durch Einführung des Goldgulden (Glotn). Die mit sehr optimistischen Worten angelegte Reform scheint dem neuen Ministerpräsidenten indessen nicht geliebt zu sein, was in der Hauptsache wohl damit zusammenhängt, daß die Kreditverhandlungen mit amerikanischen und englischen Bankhäusern, auf die Grabki seine Hoffnung setzte, bisher noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Von den Beamten, denen die Leitung der übrigen Ministerien anvertraut ist, ist der Arbeitsminister Darowski zu nennen, der gleichfalls aus dem gestrigen Kabinett Witos übernommen wurde. Der mit der Leitung des polnischen Außenministeriums betraute Staatssekretär Bertoni ist ein berühmter Beamter des Hauses am Hofenplatz; öffentlich ist er bisher noch gar nicht hervorgetreten.

### Die parlamentarische Umgruppierung in England

London, 20. Dezember. (Eig. Tel.) Das englische Parlament wird am 8. Januar zur Wahl des Sprechers und zur Prüfung der Mandate der Abgeordneten zusammentreten. Am 15. Januar wird der König mit der Bestellung der Throneide die parlamentarische Arbeit eröffnen und spätestens am 19. Januar wird nach Abschluß der Redebeiträge das Kabinett Baldwin voraussichtlich gekürzt werden. Nachdem sich das Unterhaus 14 Tage Ferien machen, um Ramsay MacDonald Gelegenheit zu geben, sein Kabinett zu bilden. Für Anfang Februar erwartet man dann Ramsay MacDonalds Programmklärung mit der sofort sich anschließenden Beratung des neuen Budgets, das, soweit die Ausgabenfrage in Betracht kommt, am 31. März verabschiedet sein muß.

Der berühmte Kanalredner der englischen Freiheitssache, der sich große Verdienste für die deutsch-englische Verständigung erworben hat, ist im Alter von 80 Jahren gestorben.

Die Hinterlassenschaft des ehemaligen englischen Ministerpräsidenten Bonar Law ist auf 51 400 Pfund geschätzt worden.

### Die Mittelmeer-Rivalitäten

Frankfurt a. M., 20. Dezember. (Eig. Tel.) Lieber das Interesse Italiens an den Vorgängen in Griechenland wird aus Rom gemeldet: Die griechische Krise wird hier um so aufmerksamer verfolgt, als dadurch den Mittelmeer-Fragen eine weitere Verwicklung droht. In demselben Augenblick, wo die italienisch-französischen Beziehungen durch das neue Tanager-Statut sich verschärfen, scheint sich die Rückkehr von Benito Mussolini vorzubereiten, die den alten italienisch-griechischen Konflikt im östlichen Mittelmeer wieder zu beleben droht. Auch wird eine deutsch-französische Annäherung als Gegenaktion auf die italienisch-spanische Verständigung erwartet.

### Ein zweites Janina

Paris, 20. Dezember. (Eig. Tel.) Nach einer Panoramie aus Athen wurde gegen den Obersten Degeris ein Attentatsversuch unternommen, der vollkommen in die Ermordung des Generals Gallini auf der Straße bei Janina erinnert. Nach dem offiziellen Bericht wurde dem Oberst Bohris, der mit einem anderen griechischen Offizier nach Janina zurückkehrte, von Bawern mitgeteilt, daß auf seinem Wege ein Hinterhalt erlitten worden sei. Der Oberst und die Soldaten, die ihn begleiteten, fielen aus dem Automobil und fanden die Straße von einem umgelegten Baum und mit Steinen besetzt, erstochten jedoch in ihrer Umgebung niemanden.

## Stille Krisen im SHS-Staat

Von Dr. Michael Vörös

Belgrad, 19. Dezember.

Vor einem Jahre mußte Nikolaus Paschitsch einsehen, daß er mit dem langbewährten Instrument der Koalitionsregierung von Radikalen und Demokraten nicht mehr auskomme, und er rang sich zum Entschluß durch, das Parlament aufzulösen. Die Neuwahlen brachten der radikalen Partei eine ziemlich beträchtliche Kräftevermehrung, ohne sie jedoch in die Lage zu versetzen, allein die Regierungswilligkeit auch in der Stuphina durchzuführen zu können. Seit dem Zusammentritt der neuen Volksvertretung dauern denn auch die Koalitionsbestrebungen unverändert an; ständig wird verhandelt und gehandelt, wenn auch mit wechselnden Partnern. Paschitsch hält aber von vornherein fest: Die oppositionellen Parteien konnten sich zu keinem schlagfertigen Bündnis zusammenschließen. Der Ministerpräsident erreichte schließlich, was er wollte. Die südbosnischen Mohammedaner, die Leute von der Demiet-Partei und die Deutschen erkannten ihre Kultur- und Glaubensinteressen und gingen in allen die Fortführung der Staatsgeschäfte betreffenden Fragen mit der Regierung. Da von der Opposition die Bauernabgeordneten der Radikals-Partei das Belgrader Parlament überhaupt mißfiel, belief sich die Mehrheit Paschitschs stets auf zehn bis zwanzig Stimmen gegenüber den Demokraten, den kroatischen und slowenischen Oppositionellen und den Landwirten, die in fünf bis sechs Gruppen geteilt, sich nie zu einer einheitlichen Stellungnahme zusammenschließen. Bei diesen parlamentarischen Verhältnissen ließ sich nicht regieren, ohne daß auch nur ein einziger Schritt in der Richtung auf eine Verständigung gemacht worden wäre.

Augenfällig ist der Fortschritt, den die Regierung Paschitsch auf dem Gebiete der innerstaatlichen Konsolidierung erzielt hat. Zunächst der Kampf zur Erreichung einer Parteienkoalition überhoben, schritt die radikale Partei zielbewußt und ihrem Programm getreu zur Einführung der Verfassung vom 19. Februar, mit anderen Worten: zur Sicherung der Macht der Hauptstadt und der Staatsregierung. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung wurden eine Reihe von Bestimmungen geschaffen, die alle der Zentralisierung dienen. Beigabte die Leitung der gesamten Wirtschaftspolitik in die Hände und wußte die Brauen zu beherrschen, die Widerspruch zu säumen und die Vereinbarkeiten einfach zu übersehen: Die Angelegenheiten des Finanzwesens, der Handelspolitik und der Reparationen werden nur in Belgrad erledigt. Daran ändert die Willkür der Radikals-Partei ebenfalls wenig, die gelegentlichen feierlichen Ergeben der einen oder der anderen oppositionellen Gruppe aus der Stuphina.

Dieser Art der Einführung der Verfassung pflegen die Gegner als einen Beleg für die serbischen Hegemoniebestrebungen zu bezeichnen, wogegen die Serben erklären, man müsse zunächst eine bestimmte politische Richtung verfolgen, selbst wenn diese nicht die volle Billigung von jedermann genieße. Paschitsch und seine Partei sind sehr überzeugt, daß nur ihre Politik dem Lande fröhliche, aber politisch genug geschult, um sich keiner Täuschung über die Tatsachen hinzugeben. Man erwidert dann auch, wie in der radikalen Partei lebhafter Kritik an dem und jenem geübt wird: Man wisse alle die stillen Krisen, die innerhalb dieser großen Partei sich abspielen, genau verfolgen und den Schluß ziehen, daß diese Krisen nur deshalb stille sind, weil die Autorität des Parteiführers unbegrenzt zu sein scheint. Paschitsch ist im parlamentarischen Sinne heute eines sehr langen Lebens versichert. Man hat Angriff der kroatischen und der mit ihr verzerrten libyan Opposition hat er im Laufe dieses Jahres erfolgreich abgewehrt; auch seine früheren Mitstreiter, die Demokraten, konnten nichts gegen ihn erreichen. Wenn man den Grund dieses Erfolges zu finden wünscht, so muß man ein wenig in der politischen Geschichte Serbiens, Kroatiens und des neuen Südslawiens zurückblättern. Hier sei nur ganz knapp das Entscheidende angedeutet: Serbien ist ein altes Kriegsmüde geworden und widmet sich ausschließlich der praktischen Arbeit des Wiederaufbaus. Für Serbien gibt es kein brennenderes Interesse, als eine ruhige Entwicklung nach den zwölf Jahren der Waffen und den vielen in Verrücktheit verbrachten Jahrzehnten. Während dieser Zeit hatten die Serben nicht die nötige Ruhe, sich autoritäre Autoritäten anzuvertrauen; die herrliche Geisteskraft verfiel vor Kriegshandwerk mehr als von Rechtschaffen. Die Kroaten aber, einst im Verbände der heiligen Stephanskrone, hatten Jahrhunderte hindurch keine andere Möglichkeit, ihre nationale Eigenart zu schützen, als die Anwendung diplomatischer Geschicklichkeit und sübes Festhalten am gesetzmäßigen und verbleibenden Recht. Darum gibt es in Serbien mehr westliche Politiker, in Kroatiens aber Rechtsgelehrte und Diplomaten in Ueberzahl. Als am 1. Dezember 1918 die Vereinigung der Länder der Serben, Kroaten und Slowenen in einem Königreich befestigt wurde, trat die Einheit der einzelnen Stämme hinter der übergroßen Freude am Ereignis zunächst noch zurück. Nur langsam kam man zu der praktischen Frage, wie diese Vereinigung durchgeführt werden solle, und damit auch zur Kenntnis der vorhandenen Unterschiede. Auch heute, nach fünf Jahren, ist man auf dem Gebiete der inneren Politik noch nicht weiter gekommen als bis zu dem Wunsch, unter allen Umständen vereint in einem starken Staat zu leben. Die Einheit des Staates wollen Serben, Kroaten und Slowenen ohne Unterschied; nur hinsichtlich der zu ihr führenden Wege gibt es verschiedene Auffassungen.

Die radikale Partei hat etwa zur vierten Jahreswende erklärt, daß sie einen ganz bestimmten Weg zur Sicherung dieser Einheit einschlagen wolle. Hier erhebt sich freilich das erste kroatische Problem. Radikals und seine Bauernpartei behaupten, sie seien die einzigen berechtigten Vertreter des kroatischen Volkes. Die anderen Parteien des kroatischen Blocks und auch die der demokratischen Partei angehörenden Kroaten sind dieser Meinung nicht; sie beanspruchen auch für sich einen Anteil an dieser Vertretung. Praktisch ist es heute ausgeschlossen, daß die kroatischen Parteien an der Regierungsbildung mit ihrem heutigen Programm teilnehmen, freilich nicht allein wegen des Programms, sondern eher noch wegen ihrer Führer. Aber auch in einem oppositionellen Block ist ein Zusammenarbeiten ausgeschlossen wegen der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Interessen. Bosnische Muslimen-Oppositionelle können nicht mit den Bauernpartien arbeiten, kroatische Demokraten nicht mit den slowenischen Christen, und schließlich kann es selbst die demokratische Partei an sich nicht, wegen der drei Strömungen in ihrer eigenen Mitte. Die Bestrebungen zur Schaffung

einer „kroatischen Aktivitätspartei“ sind nachgerade lebhafter geworden denn je. Das Programm dieser Partei ist kurz umschrieben: Mitarbeit in der Stuphina. Es wäre verfrüht, schon jetzt darüber zu sprechen, ob die angekrebt Aktivität für oder gegen die Regierung gerichtet sein soll, denn vorläufig ist nur der feste Wille vorhanden, aus der unzulässigen Vermischung zur Arbeit überzugehen. Die neue Partei hätte dann die Möglichkeit, für Kroatiens etwas zu leisten; sie würde durch ihre Arbeit zur wirklichen Vertreterin des kroatischen Volkes. Dann aber müssen alle die Meinungen, die über das kroatische Problem bestehen, unbedingt einer Revision unterzogen werden.

### Der Vorbehalt des griechischen Königs

Athen, 20. Dezember. (Eig. Tel.) Die republikanischen Zeitungen veröffentlichten den Wortlaut des Briefes, den König Georg vor seiner Abreise an Komatos gerichtet hat. Darin wird besonders stark unterstrichen, daß das Fernbleiben von Athen nur als Provisorium anzusehen sei. Der König legte Protest ein, daß man ein gar zu kleines Schiff für die Abreise bestimmt habe, und erreichte dank der Intervention des rumänischen Gesandten, daß einer der Offiziere aus dem der Königin Familie erlassenen Kommando mit ihm nach Griechenland wurde, da er dem König wegen Teilnahme an der Revolution besonders antipathisch war.

Die royalistischen Zeitungen begrüßen den Vorbehalt, daß das Fernbleiben nur provisorisch sei, da im Falle diplomatischer Verwicklungen der König zu beschleunigter Abreise bereit sei. Die Regierung empfahl der Regierung, über die persönliche Sicherheit des Königs zu wachen, da der König von England sich hierfür einsehe.

Athen, 20. Dezember. Der König und die Königin sind gestern nachmittag an Bord des Dampfers „Daphni“ vom Vlieas aus abgefahren. Im Augenblick der Abfahrt wurde der König vom Ministerpräsidenten begrüßt; die Hofdamen gaben einen Ehrensalut von 21 Schuß ab. Die Regierung hat die diplomatischen ausländischen Vertreter umgibt davon in Kenntnis gesetzt, daß der König und die Königin zeitweilig nach Rumänien greift sind, bis die verfassunggebende Versammlung die Frage der Krone ungelöst gemacht hat.

Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, in dem die Regentenschaft dem Admiral Konstantin übertragen wird, der heute vor dem Ministerrat den Eid leistet wird.

### Reichsindex 1163 Milliarden

Berlin, 19. Dezember. Die Reichsindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) belief sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 17. Dezember, auf das 1163 milliardensache der Vorjahreszeit, gegenüber der Vorwoche 1269 Milliarden. Es ist demnach eine Vergrößerung von 8,4 v. H. zu verzeichnen.

### Die neuen Einkommensteuern

Berlin, 19. Dezember. (Eig. Tel.) Die zweite Steuernotverordnung ist heute auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden und wird morgen im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht werden.

Die Bestimmungen über die Einkommensteuer für das vergangene und für das nächste Jahr bewegen sich im wesentlichen in den bereits bekannten Grenzen. Neu ist, daß besonders bei Einkommen aus Grundbesitz, aus den freien Berufen und aus selbständigen Arbeiten (A. Entnahmen) bis zu einer Höhe von 8000 M jährlich — bisher blieb es von 6000 M jährlich — am Ende jeden Vierteljahres die zehnprozentige Einkommensteuer zu zahlen ist, für Einkommen über 8000 M hinaus 20 Prozent des Einkommens. Für die Einkommensteuer aus Arbeitslohn bleibt es bei einer zehnprozentigen Steuer.

Vom Lohn bleiben wesentlich 12 M steuerfrei. Von dem mit 10 Prozent zu verrechnenden Einkommen fallen weitere Ermäßigungen für Verheiratete, für Frauen und Kinder künftig in der Weise fort, daß bei kinderlos Verheirateten statt 10 Prozent 9 Prozent, bei Verheirateten mit einem Kinde 8 Prozent, mit zwei Kindern 7 Prozent, mit drei Kindern 6 Prozent ab zu zahlen sind. Bei einem Arbeitseinkommen über 6000 M hinaus ist die Summe, die 8000 M übersteigt, zu veranlagen. In diesem Falle wird ebenso wie bei den freien Berufen für das 8000 M übersteigende Vermögen 20 Prozent des Einkommens an Steuern gezahlt, abzüglich der Summe, die bereits durch die Lohnsteuer abgezogen ist.

Für Personen, deren Einkommen mit den jetzt vorgesehene Erbschaftsteuern für die Einkommensteuer für 1924 nicht reiflos zu erfassen sind, ist als Kollektiv eine zehnprozentige Einkommensteuer vorgesehen. Sie soll den Zweck haben, daß bei den Personen, die nachweislich einen sehr hohen Lebensverbrauch haben, aber diesen angeblich nicht aus dem Einkommen, sondern aus ihrer Substanz decken, auch ein Ausgleich für den Fiskus geschaffen wird. Eine ähnliche Bestimmung ist für Erwerbsgesellschaften vorgesehen, bei denen als Kollektiv 6 Goldmark auf 1000 M der Vermögenssteuerzahl für 1923 zu zahlen ist.

Um eine reguläre Einkommensteuer weitgehend für das nächste Jahr zu ermöglichen, wird vom 1. Januar 1924 die Führung von Goldbilanzen gefordert. Bestimmungen darüber werden in den nächsten Tagen von dem Reichsjustizminister erlassen werden. Ausführungsbestimmungen, die auf die Steuern Bezug haben, werden Anfang nächsten Jahres folgen.

Bei der Vermögenssteuer soll auf den 31. Dezember 1923 eine neue Veranlagung für 1924 stattfinden. Bei der Erbschaftsteuer wird die Umstellung auf Goldmark erfolgen, desgleichen wird bei der Kapitalerwerbsteuer die Gesellschaftsteuer auf Gold umgestellt. Für die Körperschaftsteuer und die Wertpapiersteuer wird der Reichsfinanzminister zur Umstellung auf Gold ermächtigt. Einige kleinere Steuern, wie die Biersteuer und die Warensteuer, werden nicht erhoben. Die Wechsellsteuer ist auf Gold umzustellen. Der Finanzminister kann bis zum 15. Februar 1924

eine Bärensteuer bestimmen, die an die Zulassung zu einer inländischen Börse oder an ihren Besuch anknüpft. Die Bärensteuer beträgt bei der Feuerversicherung 4 Prozent der Prämie; die Kraftfahrzeugsteuer wird verweinschlichtet, die Personenerwerbsteuer verdreifacht. Die Betriebssteuer für Arbeitgeber und die Bandabgabe werden am 1. Januar 1924 aufgehoben. Weiter enthält die Verordnung Bestimmungen über verpörrtete Steuerzahlungen. Wenn die neuen Steuern richtig eingehend und die Ausgaben die Anschläge nicht unvorhergesehenweise überschreiten, wird der Ueberschuss voraussichtlich in sich balancieren können.

### Die Rentenmark wird im Ausland voll bewertet

Die Deutsche Rentenbank teilt mit: In einigen deutschen Blättern sind in diesen Tagen eine Meldung aus Zürich, wonach die Rentenmark dort mit 110 Fr., also unter Anrechnung des gegenwärtigen Standes des Schweizer Franken mit rund 70 Goldfranken, gehandelt worden sei, was einer Disparität von 21 Prozent gleichkäme. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß am 14. Dezember in Zürich telegraphisch gegebene Kaufaufträge für Rentenmark zu 115 und 120 Fr. unausführbar waren. Es wurden vielmehr freibleibend für kleinere Mengen Kurse von 120 bis 145 genannt. Daraus ergibt sich, daß die Rentenmark tatsächlich in Zürich zum vollen Goldwerte, ja sogar darüber hinaus gehandelt wird.

### Das bayerische Ermächtigungsgesetz abgelehnt

München, 19. Dezember. (Eig. Tel.) Der bayerische Landtag hat heute nach einer kurzen Debatte das von der Regierung verlangte Ermächtigungsgesetz abgelehnt. In namentlicher Abstimmung stimmten von 145 anwesenden Abgeordneten 91 mit Ja, 54 mit Nein. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 106 Stimmen ist also nicht erreicht worden.

Gegen das Gesetz stimmte der Bayerische Bauernbund, die Kommunisten und die Sozialdemokraten, die in der Debatte erklärt hatten, es sei nicht recht zu sehen, wozu die Regierung ein Ermächtigungsgesetz brauche, da ja in der Hand des Generalsstaatskommissars von Rahr außerordentliche Vollmachten liegen. Außerdem hätten sie zu der gegenwärtigen Regierung, die auch mit dem Ermächtigungsgesetz nicht die notwendige Autorität im Lande hätte, kein Vertrauen. Nach der Abstimmung erklärte der Führer der Bayerischen Volkspartei, der bayerischen Partei im Landtag, daß diese nunmehr den Appell an die Wähler sich vorbehalten. Der Landtag wurde sodann auf morgen vertagt.

Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung dem Wunsch der Bayerischen Volkspartei entsprechend den Landtag auflösen und Neuwahlen auszurufen, oder aber unter Ausnutzung des Landtages eine Maßnahme auf Grund des Ausnahmeartikels der Reichsverfassung treffen wird.

München, 20. Dezember. (Eig. Tel.) Die Bayerische Volkspartei hat für die heutige Nachmittagsitzung des Landtages den Antrag auf Auflösung des Landtages gemäß § 31 der Verfassungsurkunde gestellt. Außerdem beantragte sie, die Staatsregierung zu ersuchen, die zur Abgleichung des Staatshaushalts erforderlichen Maßnahmen tunlichst rasch auf Grund des § 64 der Verfassungsurkunde und des Artikels 48 Abs. 4 der Reichsverfassung zu treffen. Für den Fall, daß Neuwahlen im besetzten Gebiet nicht durchgeführt sind, soll die Reichsregierung ermächtigt sein, das Ergebnis der im Jahre 1920 vorgenommenen Wahlen für diesen Landesteil bis zur Wahl im nächsten Jahr zu verwalten.

Die Sozialisten sind grundsätzlich für Auflösung des Landtages, allerdings nur unter der Bedingung, daß der Ausnahmezustand aufgehoben wird, weil ihnen sonst die notwendige Freiheit der Wahl nicht gesichert erscheint. Von einer Abkehr der Regierung, zurückzutreten, ist vorläufig noch nichts bekannt. Nur der Landwirtschaftsminister Buchholzer hat sein Rücktrittsgesuch bereits eingereicht. Es wird zweifellos angenommen werden.

### Kleine politische Nachrichten

Was der Korrespondenz „Sonntag“ hat „Das Gewissen“ die Mitteilung übernommen, daß der Presschef der Reichsregierung dem Herrn Scheidemann finanzielle Zuwendungen zur Sicherung der Sozialdemokratischen Partei vermittelt und dadurch die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Ermächtigungsgesetz erlangt habe. Da diese Mitteilung trotz ihrer greifbaren Unmöglichkeit von anderen Blättern übernommen wurde, stellt der Presschef der Reichsregierung ausdrücklich fest, daß die Mitteilung des Herrn Sonntag von Anfang bis Ende erfunden ist.

Das französische Militärpolizeigericht in Wiesbaden verurteilte drei Sonderhäftlinge wegen Waffentragens zu je 21 Tagen Gefängnis. Das Militärgericht scheint demnach die Bestimmungen des Berliner Friedensvertrages etwas mehr zu respektieren als die Befehlshaber selbst, wie die General de Metz selbst, jene Verurteilung der Bestimmungen über den Waffengebrauch durch die Separatisten bisher geschäft hat.

Nach einer Panoramie aus Straßburg hat der Justizminister, dem die elsässisch-lothringischen Angelegenheiten untergeben, dem Insultationsbeiz von Elsch und Lothringen einen Gesetzentwurf unterbreitet über Aufhebung des Generalkommissariats und Errichtung eines Interkommunales, das die Angelegenheiten des elsässisch-lothringischen Departements regeln soll.

Nach einer Panoramie aus Vercory sind zwischen General Guertz und dem Führer der Bundesgruppen, General Martinus Gubrunn, über den Abschluß eines Waffenstillstandes im Gange. Die Truppen des Generals Gubrunn haben neue Verluste erlitten.

Deutsche J...  
Scharf get...  
grenzung  
Bei den 2...  
Reichsbahn...  
wieder an de...  
um die ohne...  
Abhängigkeit...  
getroffen, das...  
waltungen...  
worden ist.  
Der Betri...  
Agie wird i...  
forten werde...  
gegeben; dort...  
forten der B...  
werden. Die...  
einbart worde...  
höfen enden...  
fest sein. D...  
Dortmann we...  
die für Nech...  
zuführen hat.  
Die re...  
Baden ein...  
über Groß...  
schließen na...  
und Worms...  
nahme der L...  
Regie unter...  
Pomburg —  
— Elschlo...  
deutsch; das...  
sich die Sta...  
geführt; die...  
über Wester...  
die engli...  
die Reichsb...  
Sond hat...  
Wahnen blei...  
wird sich ge...  
schäftsbe...  
bahnbetrieb.  
Die Str...  
— Wetzlar...  
sich davon...  
Barmen na...  
Borden in...  
bis Hatting...  
habe selbst...  
mund—Sch...  
Eid nach V...  
bleiben in...  
hört—Dort...  
lich betrie...  
g ebiet s...  
zwar auf d...  
gangslinie...  
von Wänt...  
lich dieser...  
Zunächst...  
erleichter...  
12. d. M...  
der Stre...  
wieder auf...  
läufig nicht...  
blet geb...  
sächsische...  
Scharnhorst...  
aufhielt un...  
und nach...  
Süde enden...  
Die Ab...  
Durchführ...  
wied leider...  
Die Ru...  
Durch d...  
japanische...  
einen Berl...  
wennian...  
später aber...  
werden wi...  
wünscht...  
Gebirgen...  
aller Wohl...  
japanische...  
vernichtet...  
Belt Jap...  
nach der...  
Hochama...  
bart, wie...  
Tempel un...  
300 Jahre...  
weit hint...  
Karas un...  
von den...  
Tokuwaga...  
Ghibo mel...  
in Niko...  
Dracht nu...  
teffter. U...  
aroch eine...  
vermochte...  
lichen Ren...  
und reich...  
eine wahr...  
Dimeo zu...  
In To...  
\*) Der...  
in dem...  
Fest des...  
Abbildun...  
buddhisti...  
interkult...  
tischer Ru...  
res, deren...  
Berlones